

Antrag

des Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unbeschränkte Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus den Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in die Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der ehemaligen UdSSR nimmt der Antisemitismus zu. Die Jüdinnen und Juden haben berechnete Angst vor Verfolgung und Pogromen. Zunehmende nationalistische Tendenzen in vielen Republiken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) haben zu weiteren Ausgrenzungen geführt.

Die Tatsache, daß sich die Jüdinnen und Juden trotz der Vernichtungspolitik in deutschen Konzentrationslagern dazu entschließen, heute in die Bundesrepublik Deutschland einzuwandern, ist ein hoffnunggebendes Zeichen für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die in einem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat leben. Es ist aber auch eine Verpflichtung, die oft in Gedenktagsreden beschworenen Grundsätze von Freiheit, Demokratie und den Lehren aus der Geschichte in die Tat umzusetzen.

Von 1933 bis 1945 wurde dem jüdischen Volk von Deutschen unendliches Leid angetan. Eine umfassende Wiedergutmachung für die Überlebenden ist nicht möglich. Zu groß ist das Unrecht, zu groß sind die Leiden, als daß sie je wiedergutmacht werden könnten. Daraus haben wir die Verpflichtung, Jüdinnen und Juden, die von Verfolgung und Pogromen bedroht sind, bei uns aufzunehmen und willkommen zu heißen.

In Deutschland lebten bis 1933 mehr als 600 000 Jüdinnen und Juden. Heute leben in der Bundesrepublik Deutschland noch 30 000. Im Hinblick auf die Belegung der jüdischen Gemeinden, aber auch wegen der geschichtlichen Verantwortung fordert der Zentralrat der Juden in der Bundesrepublik Deutschland, die Einwanderung der Jüdinnen und Juden aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland ohne Beschränkung zu ermöglichen.

- II. Der Deutsche Bundestag schließt sich dieser Forderung an und fordert die Bundesregierung auf, den Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen UdSSR die Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen, ohne Höchstgrenzen und Kontingente festzusetzen, und für sie einen „Internationalen Reiseausweis“ auszustellen.

Bonn, den 11. März 1992

Konrad Weiß (Berlin)

Werner Schulz (Berlin) und Gruppe